Antrag



Eine Chance für Alle! Armut bei Kindern und Jugendlichen entschieden entgegen treten

LJKa-VV IV am 2.-3.12.2022 Neuendettelsau

Die aktuellen Herausforderungen zu Fragen der Lebensgestaltung und Lebensbewältigung, lassen so gut wie alle Menschen quer durch alle Gesellschaftsschichten besorgt innehalten: steigende Energiepreise, Inflation und die Gefahr von Rezession seien nur beispielhaft benannt.

Vor allem bei Kindern und Jugendlichen kommen die Sorgen der (künftigen) Lebensplanung zu vielen anderen Nöten und Ängsten hinzu: der anhaltende Krieg in der Ukraine, die Klimakrise, psychische Nachwirkungen der pandemischen Jahre und noch vieles mehr belasten den Alltag von Kindern und Jugendlichen massiv und führen zu großer Verunsicherung. Vor allem mangelnde Resilienzräume- und -strategien haben psychische, physische und psychosoziale Mehrfachbelastung bei Kindern und Jugendlichen zur Folge, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Wenn sich dann plötzlich finanzielle und existenzielle Fragestellung abzeichnen, wird die Lage junger Menschen noch alarmierender.

Immer mehr junge Menschen sind dem Leistungsdruck und den hohen Ansprüchen in Ausbildung oder Studium nicht gewachsen, brechen ab oder bekommen Lernen und Nebenjob nicht vereinbart.

In einer solchen Phase der Neuorientierung ist die Gefahr, langsam aber sicher in eine prekäre Lebenssituation abzugleiten, besonders hoch. Gestiegene psychische Belastung (vgl. DAK Kinder- und Jugendreport 2022) und fehlende Resilienz Strategien verschärfen die Situation zusätzlich und ein Teufelskreis beginnt.

Deshalb stellen wir fest und fordern:

 Armut kann jederzeit jede:n treffen: Es muss der Stigmatisierung von jungen Menschen mit wenig oder fehlenden materiellen Ressourcen entschieden entgegengetreten werden. Dies gilt auch für öffentlich geführte Diskussionen wie beispielsweise um das Bürgergeld, die die Würde von Armut betroffener junger Menschen zu respektieren haben. Niederschwellige Unterstützungsformen sind eine wesentliche Anforderung an das Angebot für junge Menschen.

 Armut bedeutet fehlende Beteiligung: Bei (jungen) Menschen in einer prekären Lebenslage sind die Sorgen und Nöte zeitlich und gedanklich oft so dominierend, dass zum Beispiel ehrenamtliches Engagement nicht möglich ist, weil die Stillung lebenswichtiger Grundbedürfnisse im Vordergrund steht. Das Ausüben eines Ehrenamtes (und die damit verbundenen Beteiligungsmöglichkeiten) bedeutet, als Teil einer Gemeinschaft Wirksamkeit zu erleben und als Individuum Selbstwirksamkeit zu erfahren. Diese Möglichkeit muss für alle jungen Menschen offen sein und darf nicht von der sozio- ökonomischen Lage abhängen.

• Bedarfsgerechte Ausstattung der Jugendarbeit schafft (neue) Zugänge: Jungen Menschen müssen all jene Arbeitsmittel und Ressourcen zur Verfügung stehen, die benötigt werden, um speziell an (Bildungs-)Angeboten evangelischer Jugendarbeit

teilnehmen zu können. Dies schließt die Möglichkeit des ehrenamtlichen Engagements mit ein. Dort, wo fehlendes Material (oder anderen Ressourcen) von der Anbietern evangelischer Jugendarbeit zur Verfügung steht, öffnen sich neue Zugänge der Beteiligung und Teilhabe unabhängig von der eigenen ökonomischen Situation.

Außerschulische Bildung stärken: Das Erlernen sozialer Kompetenzen, Teilhabe und Beteiligung ermöglichen, über Vorurteile und Ausgrenzung diskutieren und diese abbauen, all das sind feste Bestandteile außerschulischer Bildung. Aufklärung, Bildung und der Ausbau individueller Stärken und Kompetenzen können helfen, junge Menschen für ihre Leben zu rüsten, um selbstbewusst und gestärkt auf die unterschiedlichen Herausforderungen der Lebensplanung- und gestaltung reagieren zu können.

 • Formale Bildung muss lebensnah sein: Vor allem in Schule und Ausbildung liegt der Schwerpunkt häufig auf der reinen Wissensvermittlung. Dies ist zweifellos wichtig und nachvollziehbar, sollte jedoch verstärkt durch Themen zum Ausbau sozialer Kompetenzen unterstützt und ergänzt werden. Neben lebenspraktischen Themen müssen die Möglichkeiten zur Teilhabe im formalen Bildungssystem verstärkt werden, aktiv Maßnahmen gegen den Abbau (sozialer) Ausgrenzung entwickelt und implementiert werden und eine Kultur des Voneinander- Lernens (vgl. peer- to peer- Ansatz) gefördert werden. Davon würden alle Kinder und Jugendlichen profitieren und jungen Menschen speziell aus prekären Verhältnissen eine gleichberechtigte Chance auf den Ausbau ihrer vorhandenen Kompetenzen bieten.

 Digitalisierung ernst nehmen: Der niederschwellige Zugang zu kostenlosem WLan und die Ausstattung mit digitalen Endgeräten inkl. IT-Support sind entscheidend für eine gerechte Teilhaben am Bildungssystem. Wo junge Menschen nicht über eine geeignete Ausstattung verfügen, müssen die Anbieter von Bildungsangeboten (egal ob im formalen, formellen oder informellen Bildungsbereich) in die Lage versetzt werden, dies auszugleichen und entsprechend Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Angebote zur Stärkung bzw. zum Ausbau der Medienkompetenz junger Menschen müssen verstärkt werden, hierzu gehören auch die regelmäßige Fort- und Weiterbildung für die Fachkräfte der Jugendarbeit.

 Keine:r darf verloren gehen: Es braucht verlässliche und nachvollziehbare Anschlussangebote für alle jungen Menschen ab 18 Jahren in der Jugendhilfe. Kein junger Menschen darf mit der Volljährigkeit aus dem Jugendhilfesystem rausfallen und im
schlechtesten Fall in eine ungewisse Zukunft ohne Planungssicherheit und Unterstützung entlassen werden. Der Ausbau flächendeckender Nachsorgeangebote, ausreichend Wohnraum und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs seien in diesem Zusammenhang noch einmal als Grundvoraussetzung benannt, damit junge Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können.

• ÖPNV – Kostenlos und Flächendeckend: Es braucht für alle unter 27 Jahren¹ einen kostenfreien Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr. Dabei muss der stetige Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes gewährleisten, dass ein Stadt- Land- Gefälle nicht eine neue Dimension des Ausschlusses bildet.

¹ Es braucht, im Vergleich zum kostenlosen ÖPNV für junge Menschen unter 27 Jahre, darüber hinaus eine vergleichbare und verhältnismäßige Alternativen für alle jungen Menschen (auch über 27 Jahre) die studieren oder eine Ausbildung machen, die sowohl unter der Woche, als auch am Wochenende verwendet werden kann.

- BAföG für alle die es wollen: Ein junger Mensch hat nicht automatisch genug finanzielle Ressourcen, nur weil die Eltern "genug" verdienen. Aus unterschiedlichsten Gründen kommt es hier schnell zu existenziellen Notlagen, wenn junge Menschen kein BAföG beantragen können, dass unabhängig vom Einkommen der Eltern bewertet wird. Immer öfter kommen sich die Notwendigkeit des Geldverdienens (z.B. durch einen Nebenjob) mit z.B. Studium oder Ausbildung in die Quere. Dies sorgt für zusätzliche Belastung oder Überforderung. Eine ausreichende Höhe der BAföG- Sätze setzen wir dabei voraus.
- Bürokratische Hürden abbauen: Eine zeitnahe Bearbeitung beantragter Hilfeund/oder Unterstützungsleistungen gewährleistet eine verlässliche Perspektive und Planungssicherheit für junge Menschen. Viele der Leistungen u.a. auch das BAföG, sind grundsätzlich hilfreiche und gut gedachte Formen der Unterstützung. Der Ausbau niederschwelliger Zugangsmöglichkeiten muss daher dringend beschleunigt werden, damit junge Menschen sie auch in Anspruch nehmen (können).
- Kindergrundsicherung konsequent umsetzen: Der Koalitionsvertrag der Ampel- Parteien beinhaltet eine unbürokratische Umsetzung der Kindergrundsicherung. Diese sieht vor, dass eine elternunabhängige Grundsicherung direkt an Kinder und v.a. Jugendliche und jungen Erwachsene ausgezahlt wird und nicht über die Eltern im allgemeinen Haushalt der Familie versinkt. Eine Umsetzung ist leider erst für 2025 geplant. Wir fordern die konsequente, zeitnahe und flächendeckende Einführung der Kindergrundsicherung um der Bekämpfung von Armut bei Kindern und Jugendlichen entschieden entgegen zu treten.
- Keine Schulden auf Namen der Kinder: Die ALG II Schulden, als Anteil der Kinder einer Bedarfsgemeinschaft, werden bei Volljährigkeit zunächst auf die Kinder übertragen. Das entsteht durch Überzahlung von ALG II, z.B. wenn die Eltern Aufstocker sind. Junge Volljährige übernehmen damit Schulden der Eltern, für die sie selber gar nicht verantwortlich sind². Die eigene Lebensgestaltung wird damit massiv erschwert und hält junge Menschen in einer prekären Situation gefangen bzw. stellt sie vor große Herausforderungen. Wir fordern, dass die Schulden aus einer ALG-II Bedarfsgemeinschaft nicht auf die volljährig gewordenen Kinder übertragen wird. Alle jungen Menschen sollen die Chance haben, ohne (finanzielle) Altlasten ihr Leben zu gestalten.

² https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/minderjaehrigen-schulden-ba/